Stadt Plauen
Finanzausschuss

Plauen, 31. Januar 2017

Niederschrift
über die 25. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzung am :	Donnerstag, den 19.01.2017
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:46 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender	**Bemerkung**
Herr Bürgermeister Steffen Zenner	i.V. für Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Fiedler	anwesend von TOP 2.1 bis TOP 4.1.7
Herr Christian Hermann	
Herr Klaus Jäger	
Herr Tobias Kämpf	anwesend ab TOP 4
Frau Kerstin Knabe	
Herr Steffen Müller	
Frau Petra Rank	
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin	

Beratendes Mitglied

Herr Michael Hochmuth
Herr Maik Schwarz
Herr Bert Walther
Herr Heiko Wogenstein
Herr Gerd Zeune

Stellvertretendes Mitglied

Herr Hansjoachim Weiß	Vertretung für Frau Annekatrin Schicker

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Annekatrin Schicker	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Frau Sabrina Lux	entschuldigt
Herr Wolfgang Stark	unentschuldigt

Herr Jochen Stüber entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales/Jugend/Sport	TOP 4
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	TOP 4
Frau Spranger	Controlling	TOP 4
Frau Lenz	FGL Gesamthaushalt	TOP 4
Frau Karliner	FGL Personal/Organisation	TOP 4
Frau Neugebauer	FGL Pass- und Meldewesen	TOP 2.2
Frau Wölfel	FG Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	TOP 2.2
Herr Kahnert	FG Brandschutz	TOP 2.2
Frau Swierzy	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Grünler (beratender Bürger Verwaltungsausschuss)	öffentlicher Teil
Herr Kertscher (Move-Kontakt- u. Koordinationsstelle)	öffentlicher Teil
Frau Künzel (Seniorenbeirat)	öffentlicher Teil
Herr Niehus (Freie Presse)	öffentlicher Teil
Frau Dähn (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

1.1. Tagesordnung

1.2. Beantwortung von Anfragen

1.3. Informationen des Bürgermeisters

2. Information

2.1. Zuschüsse Städtepartnerschaften 2016
Drucksachennummer: 488/2016

2.2. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2016
Drucksachennummer: 503/2017

3. Beschlussfassung
Annahme von Spenden im Zeitraum vom 21.07.2016 bis 31.12.2016
Drucksachennummer: 490/2016

4. Vorberatung

4.1. Haushaltssatzung 2017
Drucksachennummer: 504/2017

4.1.1. Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg.-Nr. 151-16***

4.1.2. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 152-16***

4.1.3. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 153-16***

4.1.4. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 154-16***

4.1.5. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 155-16***

4.1.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg.-Nr. 156-16***

4.1.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg.-Nr. 157-16***

4.1.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg.-Nr. 158-16***

4.1.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE., ***Reg.-Nr. 159-16***

4.1.10. Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen., ***Reg.-Nr. 160-16***

4.1.11. Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg.-Nr. 161-16*** - Stellungnahme der Verwaltung

4.1.12. Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg.-Nr. 164-17*** - Stellungnahme der Verwaltung

4.1.13. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 166-17***

4.1.14. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 167-16***

4.1.15. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 168-16***

4.1.16. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 169-16***

4.1.17. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 170-16***

4.1.18. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, ***Reg.-Nr. 171-16***

4.1.19. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 151-16 (CDU-Fraktion), ***Reg.-Nr. 172-17***

4.1.20. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 155-16 (SPD/Grüne-Fraktion), ***Reg.-Nr. 173-17***

4.1.21. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 160-16 (Fraktion FDP/Initiative Plauen), ***Reg.-Nr. 174-17***

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 25. Sitzung des Finanzausschusses wird in Vertretung des Oberbürgermeisters von Bürgermeister Zenner durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, und Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Bürgermeister Zenner informiert, dass unter dem TOP 4.1.12 die Registriernummer des CDU-Antrages einen Schreibfehler enthält und richtiger Weise Reg.-Nr. 164-17 heißen

muss.

Weiterhin gibt er bekannt, dass zusätzlich zur Tagesordnung noch neun weitere Anträge der SPD/Grüne-Fraktion eingereicht wurden und behandelt werden sollen.

Die Tagesordnung wird unter Beachtung der oben aufgeführten Änderungen bestätigt

1.2. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

1.3. Informationen des Bürgermeisters

Keine Informationen.

2. Information

2.1. Zuschüsse Städtepartnerschaften 2016
Drucksachennummer: 488/2016

Keine Diskussion.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die, von Vereinen gestellten und bewilligten Anträge auf Bezuschussung in Höhe von voraussichtlich gesamt 1.828,33 € zur Kenntnis.

2.2. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2016
Drucksachennummer: 503/2017

Keine Diskussion.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 22.11.2016 bis 30.12.2016 genehmigten über-und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

Annahme von Spenden im Zeitraum vom 21.07.2016 bis 31.12.2016
Drucksachennummer: 490/2016

Keine Diskussion.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt, die gemäß den Anlagen eingegangenen Spenden für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt 13.819,30 EUR anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4. Vorberatung

4.1. Haushaltssatzung 2017
Drucksachennummer: 504/2017

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage. Sie bittet, bis zum Ältestenrat mitzuteilen, welche Anträge in welcher Form aufrechterhalten werden sollen. Zudem weist sie darauf hin, dass die Anträge klare Formulierungen für die haushaltsseitigen Auswirkungen beinhalten müssen.
Sie erklärt, dass die Haushaltssatzung wie bisher einschließlich der abgestimmten Anträge beschlossen werden kann. Allerdings muss aus der Formulierung der Anträge heraus und der Darstellung der finanziellen Auswirkungen eineindeutig abgeleitet werden können, welche Werte als Änderungen in den Haushalt eingearbeitet werden müssen.
Sie weist darauf hin, dass zur heutigen Sitzung auch noch ein Austauschblatt ausgereicht wurde, welches allerdings nicht die Satzung, sondern nur Werte in der Darstellung des Gesamtfinanzhaushaltes betrifft.
Sie erklärt, dass teilweise auch schon Änderungen aus den Anträgen der Fraktionen, bei denen ein mehrheitlicher Wille erkennbar war, eingearbeitet wurden. Als Beispiel nennt sie hierbei, die Zuschüsse an den überörtlichen Wettkampfbetrieb, die Verwendung des Babygeldes als Zuschuss für eine halbe Stelle Familienhebamme und den zusätzliche Zuschuss für das Spitzenfest.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, äußert, dass er es als eine Frechheit empfindet, dass die SPD/Grüne-Fraktion einen Tag vor der Finanzausschusssitzung neun Anträge einreicht. Er merkt an, dass sich für ihn die Dringlichkeit in einzelnen Anträgen nicht erschließt, da es sich zum großen Teil, um die Erarbeitung von Konzepten handelt. Er weist darauf hin, dass sich seine Fraktion aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mit den Anträgen beschäftigen konnte und diese somit eigentlich alle vorerst ablehnen müsste.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion am Dienstag die erste Fraktionssitzung hatte und erst dort eine Verständigung erfolgen konnte. Er weist darauf hin, dass keiner der Anträge Haushaltsmehrbelastungen beinhaltet. Er äußert, dass sicherlich darüber gesprochen werden kann, ob einzelne Anträge noch zurückgestellt werden können. Er fügt allerdings hinzu, dass bis zur Stadtratssitzung noch zwei Wochen Zeit sind und bis dahin Anträge eingereicht werden können.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, äußert, dass sechs der neun Anträge der SPD/Grüne-Fraktion seiner Meinung nach nicht zum Haushalt gehören. Er findet, dass man diese Anträge separat hätte einreichen können. Er merkt an, dass sich die Haushaltsrelevanz für die Erstellung der zahlreichen Konzepte für ihn nicht ergibt und diese neuen Anträge nicht auf der heutigen Tagesordnung stehen sollten.

Im Folgenden werden die einzelnen auf der Tagesordnung aufgeführten Anträge der Fraktionen behandelt (siehe TOP 4.1.1 – TOP 4.1.21).
Es wird festgelegt, dass die einzelnen Anträge nur beraten und nicht abgestimmt werden, da es teilweise mehrere Anträge zum gleichen Sachverhalt gibt und nicht eindeutig festgelegt werden kann, welcher Antrag der weitreichendste ist.

Frau Göbel weist abschließend darauf hin, dass bis zum Ältestenrat mitgeteilt werden soll, welche Anträge aufrechterhalten werden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, denkt nicht, dass dies bis zum Ältestenrat machbar ist, da sie erst am Tag darauf Fraktionssitzung haben. Er äußert, dass er die

Arbeitsweise für unmöglich hält und zukünftig wünscht, dass die Anträge rechtzeitig eingebracht werden und die Terminkette besser auf die Fraktionen abgestimmt ist.

Frau Göbel bittet darum, dass dann zumindest die Erkenntnisse aus den Fraktionssitzungen umgehend mitgeteilt werden.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, appelliert an alle Stadträte, dass wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, auch keine Ausschreibungen erfolgen können. Sie findet, dass eine viel konzentriertere Arbeitsweise stattfinden und der Schwerpunkt auf die wirklichen Aufgaben gelegt werden sollte.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 504/2017 nicht zu und enthalten sich.

Beschlussvorschlag:

1. **Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 25.10.2016 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2017 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für das Haushaltsjahr 2017 in der sich daraus unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge ergebenden endgültigen Fassung.**

2. **Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2016 bis 2020.**

Abstimmungsergebnis: 0 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

4.1.1. Antrag der CDU-Fraktion, *Reg.-Nr. 151-16*

lfd. Nr. 1 – Dachverband Stadtmarketing

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und begründet die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, findet, dass dies ein falsches Signal gegenüber anderen Verbänden ist und es sich damals um eine Anschubfinanzierung gehandelt hat. Er äußert, dass es sich bei der zeitlich gestaffelten Abschmelzung von jährlich 10% um eine planbare Summe für den Verein handelt und durchaus gerechtfertigt ist.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass es im Dachverband eine sehr wirksame und engagierte Struktur gibt und die eben nicht wie vielleicht erhofft, vollständig selbstständig funktioniert. Er verweist korrespondierend auf den Antrag ***Reg.-Nr. 153-16*** zur Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung der Vermarktung. Er äußert, dass seine Fraktion den von der CDU-Fraktion gewünschten Schritt der Abschmelzung des Zuschusses als zu hart empfindet und deshalb nicht befürwortet.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass auch sie die Reduzierung als zu verfrüht und zu hart empfindet und es ein falsches Signal an den Verband senden würde.

Stadtrat Kämpf, fragt, welcher Zeitpunkt dann als geeigneter Ausstieg angesehen wird? Er findet, dass man jedes Jahr neu bewerten könnte, ob die Abschmelzung noch gerechtfertigt ist, aber ein erster Schritt getan werden sollte. So sollte auch betrachtet werden, wie sich die Arbeit insgesamt entwickelt und sich der Nutzen der Vermarktung für die Stadt darstellt.

Stadtrat Christian Hermann weist drauf hin, dass dies ja auch der Intention des Antrages Reg.-Nr. 153-16 entspricht und man den Dachverband nicht nur einzeln, sondern die Vermarktung der Stadt als Ganzes betrachten sollte und deshalb ein ganzheitliches Konzept vorgelegt werden muss. Er fügt hinzu, dass somit viel besser eingeschätzt werden kann, wo ggf. finanzielle Einsparungen möglich sind.

lfd. Nr. 2 – Sanierung Spielplatz Tischerstraße

Frau Göbel erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und begründet die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Kämpf erklärt, dass derzeit mit EDEKA noch Verhandlungen geführt werden und deshalb der Sperrvermerk zur Sanierung notwendig ist. Er äußert, dass erst die Planungen zur Verkehrsführung abgeschlossen sein sollten und dann entschieden werden kann, welche Änderungen an dem Spielplatz vorgenommen werden können.

Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, weist darauf hin, dass im neu ausgewiesenen SSP-Gebiet, der Spielplatz eine wichtiges Schlüsselprojekt ist. Sie erklärt, dass mehrfach der Kontakt zu EDEKA gesucht und um Konkretisierung der Pläne gebeten wurde. Bisher wurden lediglich zwei Varianten eingereicht, die aufzeigen wie in die Fläche des Spielplatzes eingegriffen wird. Sie merkt an, dass EDEKA auch ohne den Eingriff in der Lage ist, den geforderten Parkflächenbedarf nachzuweisen.

Stadtrat Herrmann bittet um Darstellung des Sachverhaltes bzw. der bisherigen Zeitschiene. Er merkt an, dass seine Fraktion die Intention des Antrages der CDU-Fraktion unterstützt und keine Fakten geschaffen werden sollten, bevor nicht eine Einigung mit EDEKA erzielt ist.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen einen Sperrvermerk aus und äußert, dass die geplante Zeitschiene eingehalten werden sollte.

Frau Schicker informiert, dass EDEKA seit September 2016 dreimal angeschrieben, die Dringlichkeit erläutert und um Zuarbeit gebeten wurde. Sie merkt an, dass es bisher jedoch keine Rückmeldung gab.

Frau Schicker erklärt, dass ein Sperrvermerk in 2017 bedeuten würde, dass die Planung nicht erfolgen kann und die Stadt mit dem gesamten Fördergebiet ins Hintertreffen gerät.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, weist darauf hin, dass ggf. auch der Hinweis eines drohenden Sperrvermerkes des Stadtrates an EDEKA weitergegeben werden sollte.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, fordert, dass EDEKA nochmals kontaktiert und eine Frist bis spätestens zur Stadtratssitzung gesetzt werden sollte.

lfd. Nr. 3 – Arbeitshefte Schulen außer Förderschulen

Frau Göbel erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und begründet die Annahme des Antrages bezüglich des Prüfauftrages.

Stadtrat Kämpf erklärt, dass es hierbei z.B. um die Nutzung von Arbeitsheften geht, welche angeschafft, aber dann nur sehr wenig genutzt werden.

Stadtrat Hermann äußert, dass seine Fraktion dem Prüfauftrag auch zustimmt.

Frau Göbel bittet darum, die Kürzung in einen Sperrvermerk umzuwandeln, sollten schon in 2017 konkrete Einsparungen gefordert und die Prüfung als nicht ausreichend erachtet werden.

Bürgermeister Zenner empfiehlt, die Schulen in Ruhe zu kontaktieren und den Sachverhalt zu erläutern.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, fragt, ob es möglich ist, die Prüfung auf das Schuljahr zu beziehen?

Frau Göbel ist damit einverstanden. Sie erklärt, dass dann im Vollzug entschieden werden kann, ob Mittel für Ende des Jahres 2017 gesperrt werden sollen. Sie ergänzt, dass die Ansätze in 2017 jedoch nicht gekürzt werden.

lfd. Nr. 4 – Hundesteuer

Frau Göbel erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und begründet die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Kämpf erklärt, dass diese Steuererhöhung (der Wegfall der Ermäßigung) im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geplant war, dann aber doch nicht beschlossen wurde, da sozial schwache Personen nicht zusätzlich belastet werden sollten. Er teilt mit, dass seine Fraktion die damals geplante Erhöhung als angemessen und gerechtfertigt empfindet. Er äußert, dass wer sich einen Hund leisten möchte, auch einen Beitrag dazu tragen muss.

Herr Maik Schwarz, sachkundiger Einwohner, gibt zu bedenken, dass für bestimmte Personen, z.B. die alleinstehende Grundsicherungsrentnerin, der Hund teilweise der einzige soziale Kontakt ist und die Steuererhöhung deshalb auch kritisch zu sehen ist.

Stadtrat Hermann findet, dass es im Stadtrat ein klares Meinungsbild dazu gab, sich an der Argumentation nichts geändert hat und deshalb keine Diskussion notwendig ist.

Bürgermeister Zenner legt fest, dass nun von der Fraktion entschieden werden muss, ob der Antrag weiter aufrechterhalten werden muss.

lfd. Nr. 5 – Sportförderung

Frau Göbel erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und begründet die Annahme des Antrages. Sie erklärt, dass es ein mehrheitlicher Wunsch aus den Fraktionen war und deshalb in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Bürgermeister Zenner fügt hinzu, dass es dazu auch den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion ***Reg.-Nr. 154-16***, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ***Reg.-Nr. 156-16*** und den Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, ***Reg.-Nr. 160-16*** mit der gleichen Intention gibt.

lfd. Nr. 6 - Spitzenfest

Bürgermeister Zenner erläutert die Stellungnahme und begründet die Annahme des Antrages damit, dass das Spitzenfest das größte Stadtfest der Stadt ist und es immer schwieriger wird Sponsoren zu finden. Er weist darauf hin, dass das Spitzenfest durch den Spitzenfestverein

absolut ehrenamtlich organisiert wird.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion/Initiative Plauen, informiert, dass sie von einem verantwortlichen Organisator gefragt wurde, wie denn die anderen Feste (Plauener Frühling und Plauener Herbst) unterstützt werden?

Bürgermeister Zenner weist drauf hin, dass das Spitzenfest das Fest der Stadt Plauen ist.

Stadtrat Weiß äußert, dass er es auch als gerechtfertigt empfindet, dem Spitzenfest, welches die Spitzenstadt Plauen ausmacht, etwas mehr Unterstützung zu geben. Die anderen Festlichkeiten sieht er eher als Händlerfeste.

Stadtrat Hermann stimmt dem im Namen seiner Fraktion zu und hebt hervor, dass das Spitzenfest ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt Plauen ist und durch geeignete Unterstützung besonders hervorgehoben werden sollte.
Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass auch die anderen Feste wie Plauener Frühling und Plauener Herbst durch die Stadt unterstützt werden und dies in einer Übersicht der Finanzverwaltung im Kulturausschuss dargestellt wurde.

Frau Göbel erklärt, dass dieser Antrag eigentlich obsolet ist, da dies in der Beschlussvorlage zum Haushalt aufgenommen wurde. Sie fügt hinzu, dass dies auch für alle Anträge bezüglich „Wiederaufnahme des Zuschusses für den überörtlichen Wettkampfbetriebes“ gilt.

lfd. Nr. 7 – Babygeld

Bürgermeister Zenner informiert, dass er sich bezüglich möglicher Synergien mit dem Vogtlandkreis, Herrn Dr. Drechsel, in Verbindung gesetzt hat. Er erklärt, dass seit dem Wegfall der Familienhebammen (5 Stellen), zwei Stellen für Sozialarbeiter eingerichtet wurden und es nur eine einmalige Beratung gibt. Er äußert, dass dieses Angebot gegenüber dem der Stadt Plauen (einjährige Betreuung) gänzlich unterschiedlich ist. Er fasst zusammen, dass eine Kooperation mit dem Vogtlandkreis wenig Sinn macht, da es sich um zwei differente Angebote handelt. Er weist jedoch darauf hin, dass sich die Stadt natürlich in besonderen Fällen mit dem Vogtlandkreis abspricht.
Stadtrat Kämpf betont, dass es seiner Fraktion in erster Linie darum ging, die bestehende Stelle der Familienhebamme langfristig zu erhalten und deswegen das Babygeld unter anderem für die Sicherung dieser Stelle zu verwenden. Er ergänzt, dass in zweiter Linie das Begrüßungsgeschenk, z.B. in Form einer Monatskarte für die Straßenbahn oder Babyschwimmen, aufgewertet werden soll.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass auf Nachfrage, welche Verwaltungskosten mit Auszahlung des Babygeldes verbunden sind, durch die Verwaltung eine Summe in Höhe von ca. 3.500 EUR genannt wurde. Er fragt, wieso in der Haushaltsstelle jedoch 100.000 EUR geplant sind? Er fügt hinzu, dass eine Hebammenstelle ca. 50.000 EUR Kosten verursacht und somit schon in den letzten zwei Jahren eine zweite Hebamme hätte finanziert werden können.
Er merkt an, dass seine Fraktion durchaus nachvollziehen kann, dass das Babygeld nicht mehr dem Zweck dient, für den es mal gedacht war und sie deshalb für die Einrichtung einer zusätzlichen vollen Stelle für eine Familienhebamme plädieren (siehe ***Reg.-Nr.154-16***)

Frau Karliner, FGL Personal/Organisation, äußert, dass sie dies prüfen und eine Beantwortung erfolgen wird.

Stadträtin Rank merkt an, dass die Intension des CDU-Antrages auch dem Antrag ihrer Fraktion (***Reg.-Nr. 157-16***) entspricht, da sie sich auch die Entwicklung eines Konzeptes für

das Begrüßungsgeld wünschen. Sie schlägt vor, das Begrüßungsgeld z.B. an eine Art Bonusheft zu binden.

Frau Göbel erläutert, dass die Angebote im Kreis deutlich reduziert wurden und des sich für die Stadt um eine freiwillige Leistung handelt, für die wir eigentlich nicht mehr zuständig sind. Sie weist darauf hin, dass der Kompromissvorschlag der Verwaltung, die Erhöhung um eine zusätzliche halbe Stelle, als durchaus positiv anzusehen ist. Sie bittet zu bedenken, dass sich die Stadt immer noch in der Haushaltskonsolidierung befindet.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert, dass der Bedarf nicht so groß ist, dass eine zweite volle Stelle benötigt wird. Vielmehr war die Intension durch die halbe Stelle die derzeitige Familienhebamme (0,9 VZÄ) zu unterstützen (Vertretung bei Krankheit, Urlaub). Er äußert, dass er bei solchen Berufen, aufgrund der psychischen Belastung, nicht dafür ist, 40 Wochenstunden zu veranschlagen. Er weist darauf hin, dass die meisten Hebammen ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben wollen und es nicht einfach wird, überhaupt eine Hebamme zu finden. Er erklärt, dass die meisten eine Arbeit auf Honorarbasis oder nur Teilzeitstellen bevorzugen.
Er fasst zusammen, dass die Einstellung einer halben Stelle ein bedarfsgerechter Vorschlag von Seiten der Verwaltung ist.

Frau Göbel äußert, dass die vorhandene Stelle mittelfristig durch die Erbschaft Enders gesichert ist.

Bürgermeister Zenner schlägt als Kompromiss vor, dass die VZÄ für die Hebammen auf 1,4 aufgestockt wird und ein Geschenk mit qualifiziertem Gegenwert (z.B. Schnupperkurs Babyschwimmen) in Höhe von 50 EUR ausgereicht wird.

Frau Göbel merkt an, dass die halbe Hebammenstelle durch die Einsparung des Babygeldes finanziert werden sollte und sie nicht weiß, wo die finanziellen Mittel für das Geschenk herkommen sollen. Sie bittet deshalb um Positionierung bis zum Ältestenrat.

Bürgermeister Zenner fasst zusammen, dass mit einer Planstelle von 1,4 VZÄ (Vorschlag der Verwaltung) jedem Antrag genüge getan wäre.

lfd. Nr. 8 – Jugendfeuerwehrwart

Stadtrat Weiß erklärt, dass der Oberbürgermeister damals geäußert hat, dass der Jugendfeuerwehrwart eine kreisliche Aufgabe ist und von der Berufsfeuerwehr mit übernommen werden kann. Er informiert, dass er nun schriftlich von der Berufsfeuerwehr die Mitteilung erhalten hat, dass dies nicht möglich ist. Er fügt hinzu, dass ihn der Kreisjugendfeuerwehrwart aufgeklärt hat, dass für die Gemeinden die örtlichen Feuerwehren zuständig sind und die anderthalb Stelle im Vogtlandkreis für organisatorische Belange zuständig ist. Er ergänzt, dass seine Fraktion die Unterstützung der Nachwuchsarbeit als erstrebenswert ansieht und deshalb die Stelle wieder geschaffen werden sollte.

Stadtrat Kämpf betont die Notwendigkeit der Stelle aus Gesichtspunkt der Jugendarbeit und findet, dass solche sozialen Strukturen erhalten bleiben müssen.

Frau Karliner, FGL Personal/Organisation, spricht sich auch dafür aus die Jugendfeuerwehr zu unterstützen, allerdings ist die Frage, ob die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle für eine freiwillige Aufgabe und der damit verbundene finanzielle Einsatz (20.000 EUR/Jahr) wirklich effektiv ist. Sie merkt an, dass auch Herr Pöcker diese Effektivität nicht bestätigen konnte. Sie gibt zu bedenken, dass vielleicht auch kostengünstigere Wege gefunden werden können, um die Jugendlichen für die Arbeit in der Feuerwehr zu begeistern.

Stadtrat Hermann unterstützt den Standpunkt der Verwaltung und sieht die Effizienz dieser Stelle auch nicht gegeben und die Unterstützung nicht eher über z.B. Projekte oder Honorare erfolgen könnte.

Stadträtin Knabe kann nicht nachvollziehen, was durch die Schaffung einer Stelle erreicht werden soll. Sie erklärt, dass sie sich vorstellen könnte, dass vielleicht die Berufsfeuerwehr die Beschaffung für die Jugendfeuerwehr mit übernehmen könnte.

Stadtrat Weiß merkt an, dass sie nicht für die Schaffung einer neuen Stelle sind, sondern dass die Abschaffung dieser Stelle nicht dem entsprach was versprochen worden ist.

Frau Göbel weist darauf hin, dass es ein Haushaltsstrukturkonzept gab, welches mehrheitlich im Stadtrat beschlossen wurde. Sie erklärt, dass der Stadtrat dadurch auf Basis der haushaltsrechtlichen Regelungen in seiner Budgethoheit gebunden und angehalten ist, dieses auch so umzusetzen. Sie warnt davor dieses Beschlüsse wieder aufzuheben, da es ansonsten Probleme mit der Rechtsaufsicht geben wird.

Bürgermeister Zenner legt fest, dass der Antrag zur Abstimmung in den Stadtrat mitgenommen wird.

lfd. Nr. 9 - Jugendverbandsarbeit

Herr Schäfer erklärt, dass auf Basis der Antragssituation in 2016 die der Ansatz von 2016 für die Planung in 2017 zugrunde gelegt wurde. Er äußert, dass dies ein normaler Verfahrensweg ist und es nicht darum geht, die Mittel für die Jugendverbandsarbeit zu kürzen.
Bezüglich der Frage von Stadtrat Kämpf zu den Abrechnungsmodalitäten, erläutert Herr Schäfer, dass es eine Richtlinie gibt, die eine maximale Förderung von 11 EUR/Kind u. Jugendlicher beträgt. Er fügt hinzu, dass der Sozialausschuss jährlich je nach finanzieller Situation darüber befindet, wie hoch diese ausfällt. Er merkt an, dass bisher immer die maximal mögliche Förderpauschale ausgezahlt wurde.

Stadtrat Hermann unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion und verweist dabei auch auf den Antrag seiner Fraktion ***Reg.-Nr. 154-16*** mit der gleichen Intension.

Stadträtin Rank fragt, ob es möglich ist überplanmäßige Mittel bereit zu stellen, sollte das Antragsvolumen höher sein?

Frau Göbel gibt zu Protokoll, dass sollte es erforderlich sein, die Auszahlung der 11 EUR/Kind u. Jugendlicher im Haushaltsvollzug 2017 zusätzlich als ÜPL zur Verfügung gestellt werden können und im Zuge der Haushaltsplanung 2018 entschieden wird, wie die weitere Verfahrensweise ist.

Die Fraktionen stimmen dem zu.

lfd. Nr. 10 – VIVERE Verein

Frau Göbel informiert, dass der Oberbürgermeister ein Schreiben des Vivere Verein bzw. der Kontaktstelle Move mit einer befürwortenden Stellungnahme der Superintendentin Frau Weyer erhalten hat, die sich eindeutig für den ungekürzten Erhalt des Zuschusses ausgesprochen hat. Sie weist darauf hin, dass die Stellungnahmen zu den neuen Anträgen und Ergänzungen den Stadträten morgen zukommen lassen.

Stadtrat Kämpf findet es grundsätzlich gut, dass sich die Kirche für die Unterstützung des Vereins einsetzt. Er merkt aber kritisch an, dass es für die Entscheidungsfindung nicht als Maßstab dienen sollte, da sich hierbei nur auf eine Person bzw. einen speziellen Verein bezogen wird. Er äußert, dass dann auch jeder andere, der sich zu diesem Thema äußert, öffentlich angehört werden müsste.

Stadtrat Hermann erklärt, dass seine Fraktion die Arbeit des Vereins sehr zu schätzen weiß und den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützt.

Stadtrat Kämpf erläutert nochmals die Intension des Antrages. Er weist darauf hin, dass es auch viele Vereine gibt, die sehr gute Arbeit v.a. auch im Bereich der Asylarbeit leisten und keine höheren Zuschüsse fordern.

lfd. Nr. 11 – Erbschaft Günther Enders

Frau Göbel erklärt, dass dazu eine extra Anlage erstellt und aufgeführt wurde, welche Anträge zu diesem Sachverhalt insgesamt eingegangen sind. Im Folgenden erläutert sie die Verwendungsvorschläge der Verwaltung (siehe Anlage 7).

lfd. Nr. 12 – Förderschulen

Frau Göbel äußert, dass natürlich an dem Sachverhalt gearbeitet wird, aber ein Vertrag geschlossen werden muss.

Bürgermeister Zenner merkt an, dass das Thema L-Schulen derzeit sehr schwierig ist. Er erklärt, dass die L-Schulen, so wie sie im Moment aufgestellt sind, eventuell keinen Bestand mehr haben. Er informiert, dass die Verhandlungen bezüglich der E-Schulen derzeit laufen. Weiterhin äußert er, dass Herr Landrat Keil im Kreistag geäußert hat, dass im Rahmen der Quergerechtigkeit darüber gesprochen werden muss, die E-Schule in die Trägerschaft des Kreises zu übernehmen.

Herr Schwarz, sachkundiger Einwohner, regt an, dass bedacht werden sollte, wie sich die Schülernebenansätze auf den FAG auswirken.

Stadtrat Hermann äußert, dass seine Fraktion den Prüfauftrag der CDU-Fraktion unterstützt.

lfd. Nr. 13 – Kulturraum 2018 – 2020

Frau Göbel erklärt, dass der Beschluss zur Haushaltskonsolidierung aufrechterhalten werden und keine Änderung im Haushalt 2017 erfolgen sollte. Sie fügt hinzu, dass vielmehr die Kooperation mit dem Vogtlandkreis zur Kulturfinanzierung Ziel sein muss (siehe auch Modifizierungsantrag SPD/Grüne-Fraktion ***Reg.-Nr. 172-16***).

Stadtrat Weiß erklärt, dass sie dies für nicht durchführbar halten, da die Nachteile größer sind als die Vorteile. Er sagt, dass bei Austritt der Verlust des Stimmrechtes befürchtet wird und weniger Geld aus dem Kulturraum kommt.

Stadtrat Hermann verweist auf den Änderungsantrag ***Reg.-Nr. 172-16.***

Frau Göbel weist nochmals darauf hin, dass es eine enorme finanzielle Belastung bedeutet und für die über das FAG kein Geld an die Stadt fließt. Sie merkt an, dass dies per Gesetz Kreisaufgabe ist und dieser auch das Geld für diese Aufgabe erhält. Sie äußert, dass

hinzukommt, dass die Stadt Plauen das Theater allein finanziert und hierfür –für Kulturfinanzierung allgemein - auch der Vogtlandkreis Geld erhält. Sie bittet die Stadträte und Fraktionen in den kreislichen Gremien tätig zu werden und hier eine Änderung herbeizuführen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, glaubt, dass der notwendige politische Druck auf den Kreis nur durch einen Austritt erreicht werden kann. Er äußert, dass er sich nicht vorstellen kann, dass das Geld aus dem FAG nach dem Austritt nicht ordnungsgemäß an Plauen weitergereicht wird.

Bürgermeister Zenner bricht die Diskussion aufgrund der derartig unterschiedlichen Ansatzpunkte ab.

4.1.2. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 152-16*

lfd. Nr. 1

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert die lfd. Nr. 1 des Antrages.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, empfiehlt die Annahme des Antrages.

Bürgermeister Zenner stellt Konsens unter den anwesenden Stadträten fest.

lfd. Nr. 2

Stadtrat Hermann erläutert die lfd. Nr. 2 des Antrages.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, empfiehlt die Annahme des Antrages.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wo bei diesem Antrag der Zusammenhang zum Haushalt liegt?

4.1.3. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 153-16*

lfd. Nr. 1

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, äußert, dass der Antrag angenommen und geprüft wird, da es diesbezüglich eine Gesetzesänderung gegeben hat. Sie fügt hinzu, dass dies jedoch keine Änderung im Haushalt 2017 nach sich zieht.

lfd. Nr. 2

Frau Göbel verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Pressestelle.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bittet zu prüfen, ob eine größere Beteiligung an der App des Vogtlandkreises möglich ist.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, äußert auch, dass er eine pauschale Ablehnung nicht befürwortet und er die Anregung von Stadtrat Weiß unterstützt.

Frau Göbel weist drauf hin, dass durch die Beteiligung an der App des

Vogtlandkreises keine Einstellung von finanziellen Mitteln in den Haushalt 2017 erfolgen soll.

lfd. Nr. 3

Stadtrat Hermann verweist diesbezüglich auf die vorher geführte Diskussion unter TOP 4.1.1 zum CDU-Antrag ***Reg.-Nr. 151-16*** (lfd. Nr. 1 – Dachverband Stadtmarketing).

Frau Göbel merkt an, dass die Verwaltung den Antrag annimmt, aber keine Änderung im Haushalt 2017 erfolgt.

4.1.4. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 154-16*

lfd. Nr. 1

Stadtrat Christina Hermann, SPD/Grüne-Fraktion erläutert kurz den Antrag.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass sie in der Stiftung über den Haushalt gesprochen haben und sich einige waren, das sie mit der Kürzung einverstanden wären. Sie fügt hinzu, dass sie sich jedoch trotzdem über die Einstellung der Mittel freuen würden.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, merkt an, dass der Zuschuss für die Museumspädagogik Priorität hat und die Kürzung auch mit der Stiftung abgestimmt war.

Stadtrat Hermann äußert, dass er diesen Punkt nochmals zur Diskussion in die Fraktion mitnimmt.

lfd. Nr. 2

Stadtrat Hermann erläutert den Antrag.

Frau Göbel begründet die Ablehnung des Antrages aus Sicht der Verwaltung.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Beibehaltung der derzeitigen Förderhöhe aus. Er merkt an, dass diese freiwilligen Leistungen allerdings langfristig erhalten bleiben sollen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass es in ihrer Fraktion unterschiedliche Meinungen gab. Sie könnte sich jedoch als Kompromiss eine Erhöhung um 5.000 EUR vorstellen.

Bürgermeister Zenner verweist die Diskussion in den Stadtrat.

lfd. Nr. 3

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-16, lfd. Nr. 9 – Jugendverbandsarbeit.

lfd. Nr. 4

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-16,

lfd. Nr. 7 – Babygeld.

lfd. Nr. 5

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-16, lfd. Nr. 5 –Sportförderung.

4.1.5. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 155-16*

lfd. Nr. 1

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag und äußert, dass seine Fraktion mit dem Umgang des Oberbürgermeisters zur Diskussion Straßenreinigungsgebührensatzung nicht zufrieden ist und hier erhebliches Konsolidierungspotenzial sieht. Er bemängelt, dass in der gezeigten Präsentation keine konkreten Auswirkungen und Handlungsalternativen gegeben wurden.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass die Stadt nicht leichtfertig auf Geld verzichtet hat. Sie informiert, dass der Erfahrungsaustausch mit Zwickau aufgenommen wurde und die Ergebnisse im Finanzausschuss vorgestellt werden sollen. Sie ergänzt, dass die Entscheidung zum Antrag bezüglich der zu überarbeitenden Satzung im 2. Quartal, in Auswertung des Erfahrungsaustausches, erfolgen soll.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, möchte sich im Namen seiner Fraktion konkret gegen den Antrag aussprechen, da somit auch jeder Mieter über die Nebenkosten höher belastet werden könnte.

Bürgermeister Zenner legt fest, dass die Diskussion im Stadtrat weitergeführt wird.

lfd. Nr. 2 – 4

Stadtrat Hermann erläutert den Antrag. Er erklärt, dass seine Fraktion mehr Sicherheit und Ordnung in der Stadt wünscht und dazu mehr Personal benötigt wird.

Frau Göbel informiert, dass die Besetzung der unbesetzten Stellen derzeit läuft (lfd. Nr. 3). Sie äußert, dass bezüglich der lfd. Nr. 4 (Sachleistungen) ein Vorschlag unterbreitet wurde und dieser in der Beschlussvorlage als Vorschlag der Verwaltung enthalten ist. Sie fügt hinzu, dass es allerdings eine gegensätzliche Meinung zur Schaffung der beiden neuen Stellen gibt, da die Deckungsquelle nicht veranschlagungsreif ist (lfd. Nr. 2).

Frau Karliner, FGL Personal/Organisation, weist drauf hin, dass der Bereich selbst nicht befürwortet (über die 14 Stellen hinaus) weiteres Personal einzustellen.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, kann die Anträge nicht nachvollziehen, da im Verwaltungssauschuss ein ausführlicher Maßnahmeplan vorgestellt wurde.

lfd. Nr. 5

Stadtrat Hermann erklärt, dass die Fraktion zu diesem Punkt einen Änderungsantrag (***Reg.-Nr. 173-16***) eingereicht hat und erläutert diesen.

Frau Göbel weist darauf hin, dass die Zuständigkeit hierfür beim Landkreis liegt und daraus auch die Ablehnung des Antrages resultiert.

Bürgermeister Zenner äußert, dass ihn Frau Seeling (Ausländer- und Behindertenbeauftragte) informiert hat, dass der Vogtlandkreis eine originäre Stelle schaffen und auch die entsprechenden Strukturen dort vorhalten wird.

Stadtrat Kämpf merkt an, dass die Stadt Plauen in Gesprächen mit dem Landkreis darauf dringen sollte, dass die Besetzung der Stellen in dem Verhältnis erfolgt, wie auch die Asylbewerber verteilt sind.

Herr Maik Schwarz, sachkundiger Einwohner, denkt, dass man davon ausgehen kann, dass der Landkreis die vier Koordinationsintegratoren dort einsetzt, wo auch der Bedarf besteht. Er weist darauf hin, dass durch eine Abordnung ggf. eine Förderschädlichkeit entstehen könnte.

Stadtrat Hermann bittet darum, trotzdem die Intention des Antrages als Auftrag mitzunehmen.

4.1.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg.-Nr. 156-16*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-16, lfd. Nr. 5 – Sportförderung.

4.1.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg.-Nr. 157-16*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-16, lfd. Nr. 7 – Babygeld.

4.1.8. Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg.-Nr. 158-16*

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., möchte den Antrag trotz der ablehnenden Stellungnahme durch die Verwaltung aufrecht erhalten und bittet, dass Thema nochmals zu prüfen und mit den Fraktionen zu besprechen.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung weist darauf hin, dass dies aber keine Veranschlagung im Haushalt 2017 bedeutet und wenn, dann erst in den Haushalt für 2018 eingearbeitet wird.

Bürgermeister Zenner legt fest, dass es als Prüfauftrag für die Verwaltung verstanden wird und gemeinsam mit den Fraktionen einen Zielweg zu erarbeiten.

4.1.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE., *Reg.-Nr. 159-16*

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert kurz die Intension des Antrages und erklärt, dass durch die Prüfung anderer Betriebssysteme ggf. Einsparungen erzielt werden können.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, erklärt, warum durch die Umstellung keine Einsparungen erzielt werden. Weiterhin weist sie auf einen inhaltlichen Fehler hin. So kann die Umstellung nicht von Office 7 auf Windows 10 erfolgen, da es sich bei dem einen um ein Betriebssystem und bei dem anderem um eine Software handelt. Sie merkt an, dass es durchaus Linux-Verwaltungen gibt, sich aber die Umwandlung z.B. von eingehenden PDF Dokumenten in Linux sehr aufwendig gestaltet. Sie fasst zusammen, dass für die Umstellung sehr viel Geld ausgegeben werden müsste, die Wartung sehr kompliziert und die Anwendungen nicht kompatibel sind.

Bürgermeister Zenner verliest eine Information des IT Leiters, der im groben die Äußerungen von Stadträtin Knabe unterstützt.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass es Verwaltungen gibt, die erfolgreich mit Linux arbeiten. Er findet, dass der Prüfauftrag durchaus berechtigt ist und sie als Fraktion deshalb die grundsätzliche Intension des Antrages unterstützen. Er verweist diesbezüglich auf den weiterführenden Antrag mit der ***Reg.-Nr. 167-16***. Er erklärt, dass dort der Einsatz einer IT Arbeitsgruppe gefordert wird, die sich mit der Umstrukturierung des Bereiches und mit o. g. Themen befassen kann.

Frau Karliner, FGL Personal/Organisation, merkt an, dass im Verwaltungsausschuss am 31.05.2017 über die künftige Struktur der IT Abteilung informiert werden soll. Sie weist darauf hin, dass vorher zusammen mit dem neuen IT Leiter vorerst in einem kleineren Kreis über die neue Struktur beraten wird. Sie weist darauf hin, dass natürlich alle relevanten Ergebnisse im Verwaltungsausschuss mitgeteilt werden.

Stadtrat Hermann weist darauf hin, dass es genau aus diesem Grund eine Arbeitsgruppe geben sollte, damit sich nicht der komplette Verwaltungsausschuss mit speziellem IT-Fachwissen befassen muss. Er ergänzt, dass somit nur spezielle Stadträte mit Fachwissen in die AG einbringen könnten.

Bürgermeister Zenner legt fest, dass dies nochmal zur Diskussion mitgenommen wird.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, äußert sich zu dem Thema Arbeitsgruppen und bittet darum vorher immer die Sinnhaftigkeit zu prüfen.

4.1.10. Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen., *Reg.-Nr. 160-16*

lfd. Nr. 1

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion Reg.-Nr. 151-19, lfd. Nr. 5 –Sportförderung.

lfd. Nr. 2

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP Fraktion/Initiative Plauen, erläutert den Antrag.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass es dazu einen Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion gibt (***Reg.-Nr. 174-16***), welcher besagt das ein Konzept zur besseren

Vermarktung und Vernetzung der Einzelhändler und Dienstleiter erstellt werden soll. Sie fügt hinzu, dass die Verwaltung diesen Änderungsantrag annimmt, aber die Veranschlagung der Mittel noch nicht im Haushalt 2017 erfolgt. Sie beschreibt, dass auf Grundlage des Konzeptes betrachtet werden soll, wo dringender Bedarf besteht und wenn notwendig im Haushaltsvollzug geprüft werden muss, ob dringend benötigte Mittel bereitgestellt werden können.

lfd. Nr. 3

Stadträtin Knabe erläutert den Antrag.

Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, erklärt, dass es dazu eine ausführliche Befassung im Stadtbau- und Umweltausschuss gab. Sie informiert, dass der Zweckverband Wasser Abwasser eine umfangreiche Beteiligung durchgeführt hat und sich nicht alle Eigentümer beteiligt haben (lt. Info Hr. Scharch). Sie fügt abschließend hinzu, dass die betreffenden Straßberger informiert werden, welchen Erschließungsbeitrag sie leisten müssen und die Maßnahme dann für die Haushaltsdiskussion 2018 eingeplant werden soll.

4.1.11. Antrag der CDU-Fraktion, *Reg.-Nr. 161-16* - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag und erklärt, dass dieser vor allem auch aus Gesprächen mit den Schulleitern resultiert.

Bürgermeister Zenner erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er informiert, dass es bisher 18 Rückmeldungen von Schulen gab, eine Schule in Jößnitz keine videoüberwachte Eingangskontrolle wünscht und eine Schule schon eine solche Eingangskontrolle besitzt. Er merkt an, dass es teilweise auch Fördermittel für die Einrichtung geben kann und derzeit noch Absprachen mit der Datenschutzbeauftragten laufen.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, weist darauf hin, dass dieser Sachverhalt natürlich näher geprüft wird, aber für die Haushaltsplanung 2018 vorgesehen wird. Sie merkt allerdings an, dass falls alles geklärt ist, ggf. im Haushaltsvollzug geprüft werden kann, ob Mittel überplanmäßig bereitgestellt werden können.

Bürgermeister Zenner informiert, dass es sich derzeit um eine Planungssumme von ca. 126.000 EUR handelt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass ggf. auch mehrere Eingänge überwacht werden müssten und bei einer dauerhaften Videoüberwachung mit Aufzeichnung die Schüler und Eltern befragt werden sollten. Zusätzlich fragt sie, wie hoch die Folgekosten sind?

Bürgermeister Zenner erklärt, dass es aus datenschutzrechtlicher Sicht unbedenklich wäre, wenn keine Aufzeichnung erfolgt und es nur nach Betätigen einer Taste zur Kontrolle über Videobildschirm (temporäre Kontrolle) kommt. Er fügt hinzu, dass die Nebenstellen (z.B. Horteingänge) schon mit in die Berechnung eingeflossen sind.

4.1.12. Antrag der CDU-Fraktion, *Reg.-Nr. 164-17* - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag.

Bürgermeister Zenner erklärt, dass Herr Dr. Salesch den Auftrag hat, bis zum Sommer ein Grobkonzept zu erarbeiten und sich dort ein Teil mit der Marketingstrategie befassen wird.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, fügt hinzu, dass die Verwaltung vorschlägt, die benötigte Summe mit der Planung für 2018 und nach Vorlage des Konzeptes einzustellen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., äußert auch, dass erst die Erstellung des Grobkonzeptes und dann eine erneute Diskussion erfolgen soll.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass seine Fraktion dies so auch unterstützt.

4.1.13. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 166-17*

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, äußert, dass von der Verwaltung die Zentralstelle nicht befürwortet wird, aber trotzdem weitere Möglichkeiten permanent geprüft und umgesetzt werden, um die Beschaffung kostengünstiger zu gestalten. Sie bittet, dass sich die Fraktionen die Stellungnahme in Ruhe ansehen und verweist auf die nicht unmittelbare Haushaltsrelevanz.

4.1.14. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 167-16*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.9. Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 159-16.

4.1.15. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 168-16*

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag und merkt an, dass dazu schon mehrmals Anträge an den Oberbürgermeister gestellt wurden. Er fügt hinzu, dass der Zieltermin für das Konzept Ende 2017 seiner Fraktion zu spät ist und sie eine schnellere Umsetzung (bis Ende II. Quartal) fordern.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, informiert, dass Herr Sorger mitgeteilt hat, dass er das gewünschte Konzept bis Ende des II. Quartales vorlegen möchte. Sie weist darauf hin, dass der Antrag jedoch keine unmittelbare Haushaltsrelevanz besitzt.

4.1.16. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 169-16*

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag und erklärt, dass der Sperrvermerk in Zusammenhang mit der Erhöhung der Kosten für die Erstellung des Ausstellungskonzeptes von 50.000 EUR auf 200.000 EUR steht.
Bürgermeister Zenner äußert sich zur Stellungnahme der Verwaltung. Er erklärt, dass die Stadträte im Stadtkonzept Plauen 2022 selbst beschlossen haben, dass sich die beiden Vereine im Standort am Weisbachschen Haus wiederfinden, über die Betreibung selbst, ist noch nichts entschieden. Bezüglich der Schaffung von Archivräumen informiert er, dass es dazu am 02.12.2016 eine Arbeitsberatung mit den Bürgermeistern und den verschiedenen Vereinen gab. Er weist darauf hin, dass das Grobkonzept benötigt wird, um ein Ausstellungskonzept zu ermöglichen. Er äußert, dass sich die 200.000 EUR an der

Gesamtsumme der Baumaßnahmen orientieren und nicht willkürlich festlegbar sind. Er fügt hinzu, dass das Ausschreibungskonzept schon seit einem halben Jahr vorliegt, aber noch nicht vorgelegt wurde, da noch mit verschiedenen Fördermittelgebern verhandelt werden muss. Er teilt mit, dass sich Frau Gebler federführend mit allen Akteuren zusammengesetzt und das Grobkonzept entwickelt hat, welches den Stadträten im I. Quartal 2017 vorgestellt werden wird. Er bittet abschließend darum, nicht auf den Sperrvermerk wert zu legen, da es sonst Probleme in der Ausschreibung gibt.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, fragt, ob nach erfolgter Ausschreibung trotzdem noch entschieden werden kann, ob ein Auftrag vergeben wird oder nicht?

Bürgermeister Zenner antwortet, dass der Auftrag so oder so erteilt werden muss. Er verweist zudem auf die Stellungnahme der Verwaltung (vorletzter Absatz) und erklärt, dass diese Ausführungen den inhaltlichen Schwerpunkt des Grobkonzeptes bilden.

Stadtrat Hermann äußert, dass er nicht nachvollziehen kann, wie auf dieser Basis die Konzeption in Höhe von 200.000 EUR beauftragt werden soll und teilt mit, dass ihm dies nicht detailliert genug ist. Er kann nicht verstehen, wieso das Grobkonzept erst vorgestellt wird, wenn die Ausschreibung schon erfolgt ist und fordert eine fundierte Begründung, woraus die Kostenerhöhung resultiert.

Bürgermeister Zenner antwortet, dass das Grobkonzept im März vorgestellt wird und die Stadträte natürlich im Stadtrat die Möglichkeit haben, den Sperrvermerk aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Hermann äußert, dass er dies zur Diskussion in die Fraktion mitnimmt.

4.1.17. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 170-16*

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert kurz den Antrag und erklärt, dass die Straße in einem guten Zustand ist und keine Baumaßnahme notwendig ist.

Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, widerspricht dem und äußert, dass die Deckschicht der „Straße zum Plohn“ in einem desolaten Zustand ist und zwingend erneuert werden muss. Sie erklärt, dass ansonsten die Schäden bis zur Tragfähigkeitsschicht erweitert werden und ein grundhafter Ausbau notwendig wird, welcher natürlich höhere Kosten nach sich zieht.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, weist darauf hin, dass es dazu auch eine schriftliche ausführliche Stellungnahme der Verwaltung gibt.

4.1.18. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, *Reg.-Nr. 171-16*

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass seine Fraktion die Anschaffung weiterer Pflanzkübel für nicht angemessen hält.

Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, erklärt, dass laut Beschlusslage die Forststraße und die Stresemannstraße zur Verkehrsberuhigung weitere Pflanzkübel erhalten sollen. Sie weist darauf hin, dass die Pflanzkübel, sehr viel Lob erhalten haben

4.1.19. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 151-16 (CDU-Fraktion), *Reg.-Nr. 172-17*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 151-16,

lfd. Nr. 13 – Kulturraum 2018 – 2020.

4.1.20. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 155-16 (SPD/Grüne-Fraktion), *Reg.-Nr. 173-17*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.5 Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg.-Nr. 155-16. lfd. Nr. 5.

4.1.21. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion zum Antrag Reg.-Nr. 160-16 (Fraktion FDP/Initiative Plauen), *Reg.-Nr. 174-17*

Behandlung erfolgte unter TOP 4.1.10 Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, Reg.-Nr. 160-16. lfd. Nr. 2.

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

<u>Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion</u>, fragt, wer die mehr als zehn Konzepte und Analysen, welche in den ersten drei Quartalen 2017 nachhaltig und ganzheitlich erstellt werden sollen, erarbeiten soll? Er merkt an, dass laut Aussage im Verwaltungssauschuss die Personaleinsparungen an der Obergrenze und alle Mitarbeiter ausgelastet sind. Er bittet um Darstellung des Verwaltungsaufwandes für diese zehn Konzepte bis zur Stadtratssitzung.

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister GB I

Plauen, den

Wolf-Rüdiger Ruppin
Stadtrat

Plauen, den

Luise Krause
Schriftführerin

Plauen, den

Christian Hermann
Stadtrat